

Landes-CDU schießt quer

Einführung einer PKW-MAUT ist heftig umstritten

STUTT GART. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl ist der Streit um eine Pkw-Maut neu entbrannt. Die baden-württembergische CDU/FDP-Regierung hält an ihrem Ziel fest, mit einer solchen Abgabe den Straßenbau zu finanzieren.

SPD und Grüne sind weiter dagegen. Die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt betonte gegenüber der „Pforzheimer Zeitung“, eine Pkw-Maut sei „völliger Unsinn“ und ein „weiterer untauglicher Versuch, an Geld zu kommen“. Ein Pkw-Maut würde nach Vogts Ansicht zudem automatisch zu Maut-Flucht führen und sich massiv auf die Bundes- und Landstraßen auswirken. SPD-Fraktionschef Wolfgang Drexler forderte Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) auf, die Pendler nicht als Sparschweine einer völlig verfehlten Steuerpolitik zu missbrauchen.

Oettinger hatte zuvor in Stuttgart betont: „Ich glaube, dass eine Pkw-Maut langfristig ernsthaft in Erwägung zu ziehen ist.“ Dagegen hatte Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel am Dienstag für den Fall eines Wahlsieges eine Pkw-Maut kategorisch ausgeschlossen. Die Unions-Bundestagsfraktion bekräftigte ihr Nein zu einer Auto-Maut. Oettinger sagte, Voraussetzung für die Einführung einer Maut sei, dass zugleich die Kraftfahrzeugsteuer wegfällt. Auch müssten die Mittel zweckgebunden in den Aus- und Neubau von Straßen fließen. Der Pforzheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum betonte gegenüber unserer Zeitung: „Diese Frage stellt sich gegenwärtig absolut nicht.“ Zumal auch die technischen Voraussetzungen für die Erhebung einer Pkw-Maut über das System von Toll Collect derzeit noch nicht gegeben seien.

Rech: Noch nichts entschieden

Innenminister Heribert Rech (CDU), der im Land für den Verkehr zuständig ist, betonte, es gebe weder eine Vorentscheidung noch eine Entscheidung über die Pkw-Maut. Sein Ministerium hatte in einem internen Arbeitspapier für die Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Einführung einer Autobahn-Vignette vorgeschlagen. „Wir werden abwarten, welche Ergebnisse diese Arbeitsgruppe bringt“, sagte Oettinger. Der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer sagte, die Vignette setze keine ökologischen Anreize, sondern treibe die Autofahrer auf Bundes- oder Landstraßen. An dem internen Papier hatte auch das Verkehrsministerium des unionsgeführten Landes Nordrhein-Westfalen mitgewirkt. NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) erteilte diesen Vorschlägen nun aber eine Absage. Entsprechende Überlegungen in seinem Haus stammten noch aus der Zeit der rot-grünen Vorgängerregierung. Er habe angeordnet, die Arbeiten an diesem Vorschlag sofort einzustellen. „Wir machen mit dem Unsinn Schluss“, sagte er.

In dem Papier empfehlen die Fachleute, eine Autobahnvignette für alle Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht unter 12 Tonnen einzuführen und gleichzeitig die Mineralölsteuer zu senken.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Stefan Mappus hatte im vergangenen Januar in seiner damaligen Funktion als Verkehrsminister vehement für eine Pkw-Maut plädiert. Das Land müsse bei der Einführung der Abgabe eine führende Rolle spielen. Auch Oettinger sowie der Koalitionspartner FDP hatten eine solche Abgabe befürwortet. FDP-Landeschefin Birgit Homburger sagte der dpa: „Wir wollen weg von der Steuer- zur Nutzungsfinanzierung.“ Diese würde auch sicherstellen, dass das Geld zweckgebunden in den Verkehrsbereich fließe. Eine Maut hat nach Worten Oettingers und Homburgers auch den Vorteil, dass auch ausländische Nutzer der Autobahnen zur Kasse gebeten würden. „Es ist nicht einzusehen, dass die Deutschen in den Nachbarländern wie Frankreich, Italien und Österreich zahlen müssen, aber die Autofahrer dieser Länder nicht bei uns“, meinte Homburger. Die Abgabe würde deshalb auch die deutschen Autofahrer entlasten. Der ADAC lehnt die „CDU-Planspiele“ ab. Diese seien in einer Situation, in der die deutschen Autofahrer fast täglich neue Rekordpreise beim Kraftstoff verkraften müssen, völlig überflüssig. dpa ar yysw ed

Erstellt von: Andreas Fiegel und Annette Reuter